

Pressemitteilungen 2004

11.12.04 Schweizer Demokraten ergreifen das Referendum

Die Schweizer Demokraten haben an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung einstimmig beschlossen, das Referendum gegen die Osterweiterung des Freien Personenverkehrs zu ergreifen. Unter den 95 Delegierten herrschte Einigkeit darin, dass die Freigabe der Einwanderung von Arbeitnehmern (gefolgt natürlich vom Familiennachzug) aus den ehemaligen Ostblockländern für die Arbeitnehmer in der Schweiz verheerende Folgen haben würde. Leute aus diesen Staaten werden mit Sicherheit weit unter den heute in der Schweiz üblichen Löhnen arbeiten. Dadurch werden einerseits die Löhne in der Schweiz sinken und die Arbeitslosigkeit massiv steigen. Die mit der EU ausgehandelten flankierenden Massnahmen sind praktisch wertlos und werden die Masseneinwanderung von Billigarbeitskräften nicht bremsen können. Die Schweizer Demokraten, unterstützt von weiteren Organisationen, sind zuversichtlich, die benötigten 50'000 Unterschriften zusammen zu bringen, sodass das Schweizer Stimmvolk über dieses verheerende Vertragswerk wird abstimmen können.

Wie nicht anders zu erwarten war, beschlossen die Delegierten ebenfalls einstimmig, das Referendum gegen Schengen/Dublin zu unterstützen.

21. August 2004: Parolen der Schweizer Demokraten (SD)

Nein, denn Eingebürgerte werden wieder durch Neueinwanderer ersetzt!

Die Schweizer Demokraten haben an ihrer Delegiertenversammlung in Bern folgende Parolen zu den Eidgenössischen Abstimmungen vom 26. September 2004 gefasst:

Einhellig mit 75 zu 0 Stimmen werden beide Einbürgerungsvorlagen abgelehnt, denn es muss befürchtet werden:

- dass jeder Eingebürgerte wieder durch Neueinwanderer ersetzt wird, womit immer mehr Leute ins Land drängen und die Ueberfremdung und Uebervölkerung unseres dicht besiedelten Landes weiter zunimmt...
- dass diese Leute dann allermeist den Doppelpass haben (Figgi und Mühli) und diesen nach Belieben einsetzen werden (siehe negative Beispiele von jungen Spitzensportlern!)
- dass junge Ausländer mit nur 5 Jahren Schulbildung und 2 Jahren Wohnsitz in der Einbürgerungsgemeinde als Minimalerfordernis zu wenig ausgebildet und integriert sind...

Einmal mehr werden der Stimmbevölkerung zwei Abstimmungsvorlagen vorgelegt und der Öffentlichkeit wird vorenthalten, wie die gesetzliche Ausgestaltung der beiden Verfassungsvorlagen aussieht. Dies ist eine Mogelpackung, für die sich die Regierenden schämen sollten. Die SD verlangen vom Bundesrat, dass er das Volk in Kenntnis sämtlicher gesetzgeberischer Details abstimmen lässt!

Ja zur Postinitiative

Fast einhellig unterstützen die SD die Vorlage zur Erhaltung der Post! Die SD wenden sich vehement gegen jedwelche Privatisierungsvorhaben der Post, welche dann vom Volk „ausgebadet“ werden müssten. Post, Bahn und Energie sind Grundlagen unseres Staatswesens. Sie dürfen nicht der Spekulation geopfert werden!

Nein zur Mutterschaftsversicherung

Mit deutlicher Mehrheit wenden sich die SD gegen die erneute Zwängerei zur Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung, die auf die Länge hinaus kaum bezahlbar sein wird. In einer Zeit, wo kaum Geld für AHV und IV vorhanden sind, darf nicht noch der Grundstein zu einer neuen Sozialversicherung gelegt werden. Eine SD-Minderheit vertritt den Standpunkt, dass unser Volk mit einem Ja vor einem längerfristigen Aussterben bewahrt werden soll.

14.5.04 SD-Referendum gegen die Bilateralen Verträge II

SD-Referendum gegen die Ausdehnung des freien Personenverkehrs

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) ruft das Eidgenössische Parlament dazu auf, sowohl die Ausdehnung des freien Personenverkehrs mit den mittel- und osteuropäischen Staaten wie auch die bilateralen EU-Verträge II einer obligatorischen Abstimmung zu unterstellen. Falls dies nicht geschieht, werden die SD das Referendum gegen diese beiden Vertragspakete ergreifen. Anlässlich einer Sonder-Delegiertenversammlung im Herbst 2004 werden die SD beide Referenden formell beschliessen.

Die SD wehren sich insbesondere entschieden dagegen, dass die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die zehn neuen mittel- und osteuropäischen Staaten ausgenützt wird, um die Löhne zu drücken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu vergrössern.

PS. Insbesondere das Referendum der Schweizerischen Volkspartei (SVP) gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn EU-Neumitglieder scheint angesichts der Forderung einzelner SVP-Parlamentarier nach billigen polnischen und litauischen Landarbeitern fraglich.

3.4.04 Abstimmungen vom 16. Mai 2004: SD: NEIN zur Steuer-Mogelpackung!

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten hat an seiner heutigen Sitzung mit grossem Mehr beschlossen, das Steuerpaket abzulehnen. Was der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird, ist eine unsoziale und unausgeglichene Vorlage, die auch nicht familienfreundlich ist. Landauf landab mussten in den vergangenen Monaten rigorose Sparübungen in die Wege geleitet werden, um die Schuldenberge nicht noch mehr anwachsen zu lassen. Man kann nicht in Zeiten wo die Verschuldungen der öffentlichen Haushalte ins Astronomische gestiegen sind, auf der Bundesebene weniger Steuern vorsehen, was dann auf Kantons- und Gemeindeebenen zu massiven Steuerausfällen führt. Wir wollen nicht, dass als Folge dieser Abstimmungsvorlage die Kantone und Gemeinden

gezwungen werden, ihre Steuern zu erhöhen. Denn auf eine andere Weise können diese die entstehenden Finanzlöcher nicht stopfen.

Von den Steuererleichterungen auf Bundesebene würden ohnehin nur grössere und grösste Einkommen profitieren. Die Geprellten wären der Mittelstand, die Kleinverdiener und Rentnerinnen und Rentner. Wohneigentum würde, wenn schon, nur für Leute gefördert, welche grosse, wertvolle Liegenschaften haben und diese schon weitgehend abbezahlt haben. Jüngere Leute, welche sich ein Haus oder Stockwerkeigentum erwerben wollen, profitieren davon nicht!

NEIN zur 11. AHV-Rentenabbau-Revision

Die 11. AHV-Revision, welche eine reine AHV-Abbauvorlage ist, lehnen die Schweizer Demokraten ebenfalls ab. Die Frauen sollen länger arbeiten müssen. Dies ausgerechnet in einer Zeit, wo es im Arbeitsmarkt immer wieder heisst, dass für ältere Menschen keine Arbeit mehr vorhanden ist. Dass die Teuerung allenfalls nur noch alle 3 Jahre statt wie bisher alle 2 Jahre ausgeglichen werden soll, ist eine unsoziale Massnahme, die abzulehnen ist. Bereits wird in gewissen Kreisen vom Rentenalter 67 geredet. Wenn die 11. AHV-Revision angenommen würde, wäre das für diese Kreise eine Ermunterung, nun den Weg für eine weitere AHV-Rentenalterserhöhung einzuschlagen.

Mehrwertsteuer-Erhöhung für die AHV und die IV? – Nein Danke!

Die Mehrwertsteuer ist eine unsoziale Steuer, welche Leute mit kleineren und mittleren Einkommen härter trifft als Leute mit grossen Einkommen. Deshalb wenden sich die SD grundsätzlich gegen jede Mehrwertsteuererhöhung. Zudem ist nicht einzusehen, weshalb die IV mit weiteren Steuergeldern gestopft werden soll, denn bei der IV gibt es grosse Sparpotentiale!

Um die AHV zu sichern, sind sämtliche Golderträge in das grosse Solidarwerk einzuspeisen und die Milliarden für die Auslandhilfe, welche zu einem erheblichen Teil in unkontrollierbaren Kanälen verschwinden, sind weitestgehend ebenfalls unserer AHV zuzuführen. Zudem kann auch im Asylwesen viel Geld eingespart werden, das man der AHV zugute kommen lassen kann.